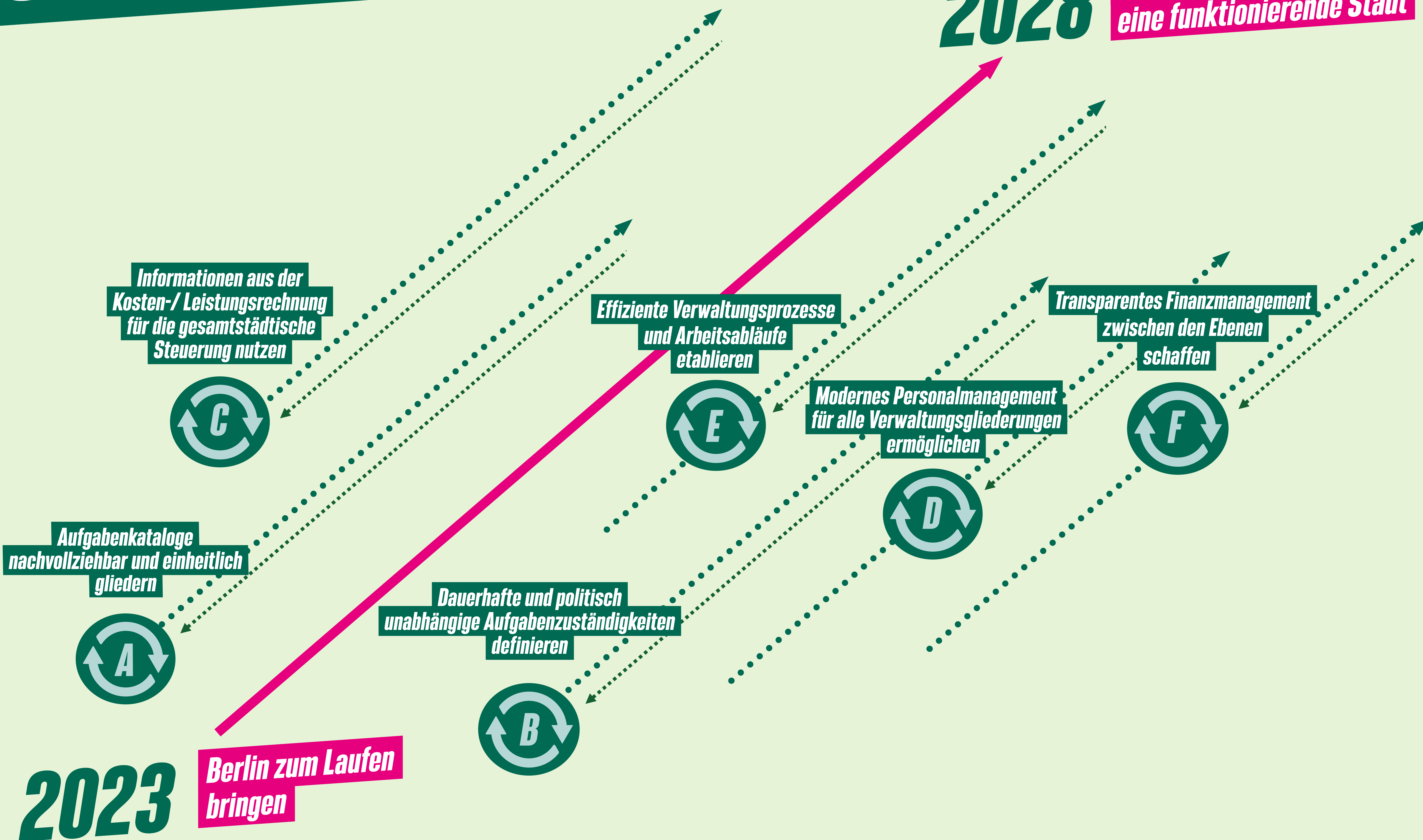


UPDATE BERLIN!



2028

Ein neues Fundament für
eine funktionierende Stadt



Sechs Grüne Leitlinien für eine Berliner Verwaltungsreform:



A NEUE AUFGABEN- UND GESCHÄFTSVERTEILUNG

Es soll eine klare und nachvollziehbare Aufgabenverteilung zwischen Land, Bezirken und den über 800 Berliner Behörden festgelegt werden.

SENATSAUFGABEN

Strategische Steuerungsaufgaben im gesamtstädtischen Interesse werden zentral in der Senatsverwaltung gebündelt, z.B. politische Vertretung nach außen, Festlegung von Mindeststandards oder Bereitstellung von Daten.

Die Steuerung erfolgt durch Verwaltungsvorschriften, die Geschäftsprozessmodellierung und die IT-Fachverfahren.

BEZIRKSAUFGABEN

Zuordnung von staatlichen Aufgaben an die Bezirke soll Vorrang haben. Das Prinzip eines politischen Bezirksamts soll umgesetzt werden.

Bezirksverwaltungen bekommen durch den Senat Steuerungsaufgaben und Umsetzungsaufgaben zur dezentralen Erfüllung klar übertragen, z.B. die Gesamtverantwortung für den bezirklichen Haushalt, aber auch die Durchführung der Aufgaben von Jugend-, Schul- oder Grünpflegeamt.

LANDESAUFGABEN

Strategische Steuerungsaufgaben im gesamtstädtischen Interesse werden zentral in der Senatsverwaltung gebündelt, z.B. politische Vertretung nach außen, Festlegung von Mindeststandards oder Bereitstellung von Daten.

Die Steuerung erfolgt durch Verwaltungsvorschriften, die Geschäftsprozessmodellierung und die IT-Fachverfahren.

B WIRKSAME GESAMTSTÄDTISCHE STEUERUNG

Es soll eine Geschäftsverteilung mit einem Klärungsmechanismus eingeführt werden, der Behörden-Pingpong konsequent verhindert.

19 POLITIKFELDER

Aufgaben, die an die Bürger:innen und die Wirtschaft gerichtet sind, z.B. Wirtschaft, Soziales, Jugend und Familie. (Digitale) Bürger- und Ordnungsämter bündeln aber im Sinne des Servicegedankens weiter verschiedene Politikfelder.

5 QUERSCHNITTSFELDER

Aufgaben zur Verwaltung der Verwaltung, der Verwaltung wie Recht, Organisation, Personal, Facility- und Finanzmanagement. Verwaltungsinterne Aufgaben werden in gesamter unmittelbarer Landesverwaltung einheitlich organisiert.

Politikfelder sollen sich in Ressort- und Abteilungszuschnitten von Senat und Bezirk wiederfinden und können wenn notwendig nach jeder Legislaturperiode angepasst werden.

Nur ganze Politikfelder sollen zu neuen Ressorts kombiniert, aber nicht zerlegt werden.

C NEUE ZIELORIENTIERTE ERFÜLLUNG

Es soll zur stadtweiten Qualitätssicherung klare Ziel- und Projektvereinbarungen mit allen beteiligten Behörden geben.

Systematische Erfassung von Zielerreichung und Ressourcenverbrauch von Behörden und Organisationen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und Projekten sicherstellen.

Höhere Verfügbarkeit für die Steuerung von Aufgaben erforderlicher Daten ermöglichen.

Der Produktkatalog mit Kurzbeschreibungen der Aufgaben, Mindeststandards und gesetzlichen Vorgaben wird wie andere Aufgabenkataloge neu gegliedert.

Widersprüche zwischen den verschiedenen Aufgabenkatalogen werden vermieden.

Die Fortschreibung des Aufgabenkatalogs geschieht im Einvernehmen mit den Bezirken.

Ein digitaler Aufgabenkatalog, der für alle Bürger:innen durchsuchbar ist, stellt transparent Informationen zu mit der Aufgabe befassten Behörden zur Verfügung.

D MODERNES PERSONALMANAGEMENT

Es soll ein modernes Personalmanagement für alle Gliederungen ermöglicht und die Fachkräfte der Zukunft für alle Verwaltungsbereiche gewonnen werden.

Fachkräftemangel erfordert von der Verwaltung in den kommenden Jahren deutlich mehr Flexibilität. Die Gewinnung und Qualifizierung von Personal muss deshalb strukturell neu aufgestellt werden.

Motivierte und gut qualifizierte Beschäftigte sind die wichtigste Ressource. Mit modernen Arbeitsplätzen, aber auch mit sicherer Altersvorsorge und der Aussicht auf ein Sabbaticaljahr oder Homeoffice soll Berlin zu einer attraktiven Arbeitgeberin werden.

In einer guten Verwaltung hilft man sich gegenseitig. Für Projekte und Aufgaben sollen alle Beteiligten an einen Tisch zusammen gebracht werden.

Es sollen bspw. alle Möglichkeiten genutzt werden, um die Flexibilität der Beschäftigten in dringenden Einsatzsituationen zu fördern und zu unterstützen.

Temporäre Abordnungen in „notleidende“ Bereiche sollen honoriert und bei der Personalentwicklung positiv bewertet werden.

Die multiplen Krisen erfordern einen neuen Führungsstil. Führungskräfte sollen in ihren Entscheidungen immer auch das Funktionieren des Gesamtsystems in den Blick nehmen.

Die Vielfalt der Beschäftigten soll die Vielfalt der Stadtgesellschaft widerspiegeln.

E EFFIZIENTE PROZESSE & DIGITALISIERUNG

Es soll der Aufwand für Bürger:innen und Wirtschaft verringert werden, in dem sie ihr Anliegen digital oder nur bei einer Behörde erledigen können.

Große Optimierungspotenziale liegen in der bisherigen Verteilung der Aufgaben auf viele Behörden.

Prozesse sollen von der Kundin her gedacht werden: „Bin ich zuständig/schuldig?“ wird abgelöst von der Frage „Welchen Beitrag leiste ich zum Ergebnis?“

Die Erledigung von Aufgaben wird in Prozessen dargestellt und erfolgt mit Unterstützung von jeweils berlineinheitlichen IT-Fachverfahren.

Digitalisierung ermöglicht nicht nur, dass Bürgeramtstermine gar nicht erst nötig werden. Die E-Akte ermöglicht auch mobiles und zeitgemäßes Arbeiten in der Berliner Verwaltung.

Es braucht eine schlankere und transparentere Struktur der Steuerung der Informations- und Kommunikationstechniken. Den bisherigen IKT-Lenkungsrat ersetzen wir durch eine handlungsfähigere Gremienstrukturen.

Unser Vorschlag: die Verkleinerung des IKT-Lenkungsrats nach dem Brandenburger Vorbild.

F TRANSPARENTES FINANZMANAGEMENT

Es soll ein landesweites Zumesungsmodell für die Haushaltsplanung entwickelt werden, das Senat, Sonderbehörden und nicht nur die Bezirksamter umfasst.

Fach- und Ressourcenverantwortung wird auf allen Verwaltungsebenen zusammengeführt.

Dem Konnexitätsprinzip folgend soll nun gelten, dass wer eine Aufgabe bestellt, diese dann auch bezahlt.

Die Budgetierung der Bezirksamter erfolgt weiter auf Produktebene.

Neu ist jedoch die Transparenz darüber, welche Kosten für ein Politikfeld oder ein Aufgabenpaket insgesamt angefallen sind, unabhängig welche Behörden die Aufgaben erledigt haben.

Später können daraus Konsequenzen für eine Budgetierung gezogen werden, die auch die Hauptverwaltung umfasst.

Das Globalsummenprinzip soll weiterentwickelt werden, sodass die Senatsverwaltung auch die Ressourcenhoheit über ihre Politikfelder und bei der Budgetverteilung an die Sonderbehörden und Bezirksamter haben.

Bezirksämter sollen aber Spielräume bei der Mittelverwendung behalten, um lokalen Sonderbedarfen gerecht werden zu können.

BERLIN ZUM LAUFEN BRINGEN

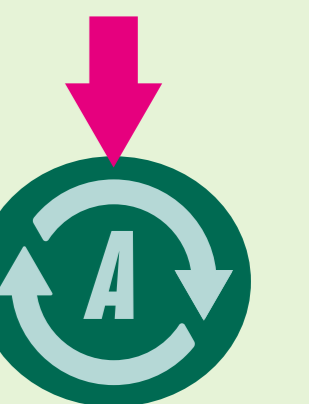
Nach sechs Jahren Regierungsverantwortung in Senat und Bezirken sind wir uns sicher: Es muss Schluss sein mit politischer Flickschusterei und interner Zuständigkeitsfixierung. Es ist Zeit, dass die tatsächlichen Ursachen des regelmäßigen Systemversagens angepackt werden! Dabei sind nicht die Beschäftigten das Problem, weshalb unsere Stadt tatsächlich immer wieder nicht funktioniert. Es sind die Strukturen und Prozesse in denen sie arbeiten sollen.

Damit Berlin auch morgen noch die öffentliche Grundversorgung für die ganze Stadt sicherstellen kann, müssen wir jetzt die Verwaltung radikal reformieren. Ein solches Vorhaben sollte aber nicht über das Knie gebrochen werden. Zu wichtig ist dieser Schritt für die Zukunft unserer Stadt. Es sollte gemeinsam mit Praxisexpert*innen aller Verwaltungseinheiten, der Beschäftigtenvertretung, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft erarbeitet und umgesetzt werden.

WIR SCHLAGEN SECHS UPDATES VOR, MIT DENEN EIN NEUES FUNDAMENT FÜR EINE FUNKTIONIERENDE STADT ENTSTEHEN SOLL:

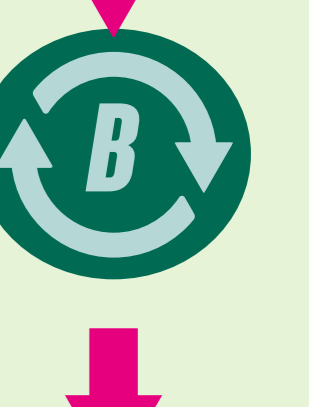
UPDATE A

Aufgabenkataloge nachvollziehbar und einheitlich gliedern



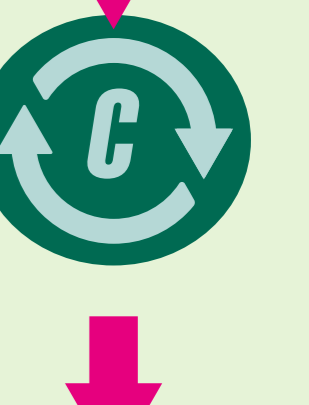
UPDATE B

Dauerhafte und politisch unabhängige Aufgabenzuständigkeiten definieren



UPDATE C

Informationen aus der Kosten-/Leistungsrechnung für die gesamtstädtische Steuerung nutzen



UPDATE D

Modernes Personalmanagement für alle Verwaltungsgliederungen ermöglichen



UPDATE E

Effiziente Verwaltungsprozesse und Arbeitsabläufe etablieren



UPDATE F

Transparentes Finanzmanagement zwischen den Ebenen schaffen



Ein neues Fundament für eine funktionierende Stadt

Berlin zum Laufen bringen

Ein Phasenplan für eine Berliner Verwaltungsreform



Phase 1:

Die ganze Stadt mitnehmen und Weichen stellen

Phase 2:

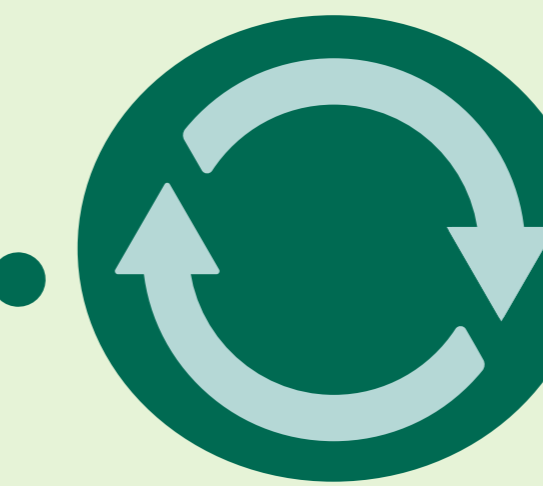
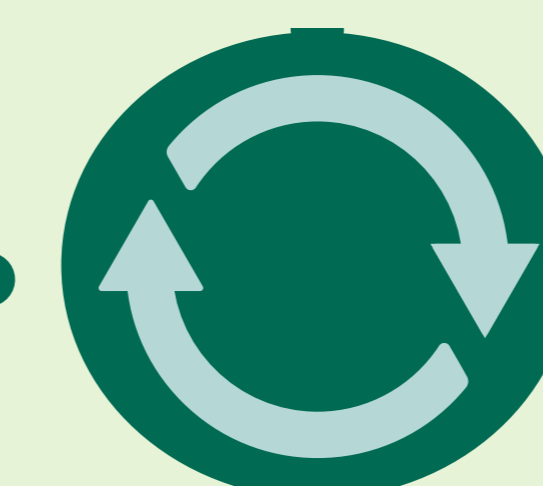
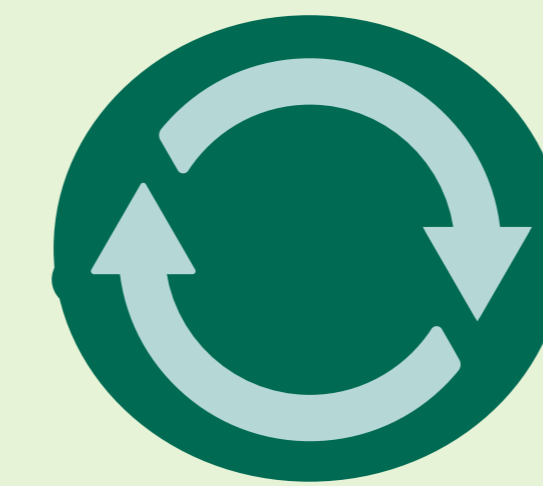
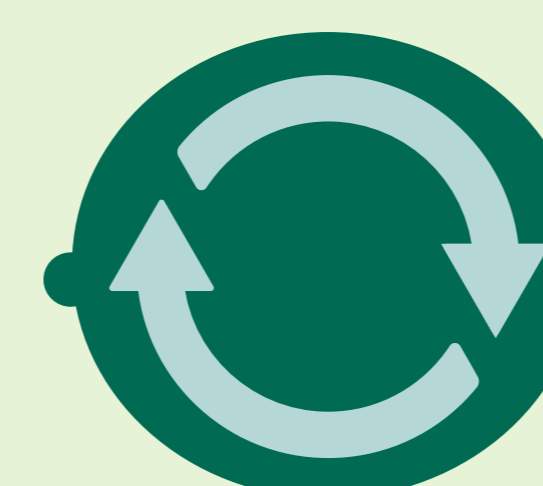
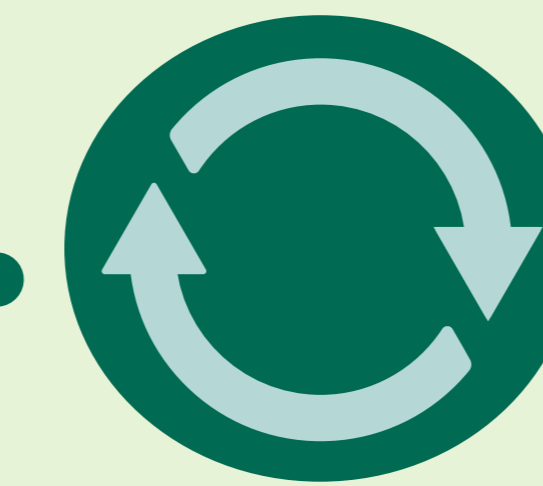
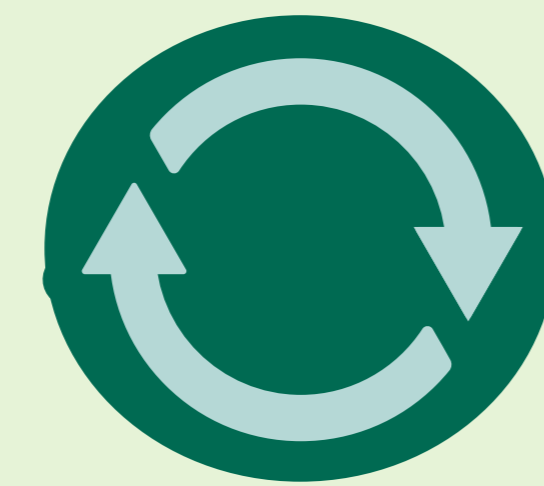
Voneinander lernen und Grundlagen legen

Phase 3:

Umsetzung sicherstellen und nachjustieren

2023

Updates A bis F



2028

Wir beginnen jetzt dort, wo es keine Rechtsänderungen braucht und lassen dann Gesetze und Verfassungsänderungen folgen

Mögliche Maßnahmen können z.B. sein:

- Start des digitalen Regierungsplanungstools „Intraplan“
- Verantwortlichkeiten für Digital- und Smart City Strategie sowie Digitalisierung der Verwaltung/ IKT-Steuerung werden in der Senatskanzlei gebündelt
- Neue Geschäftsverteilung anhand neuer Grundsätze und Politikfelder
- Etablierung einer Verwaltungsgovernance für einen gemeinsamen Fahrplan und Verstetigung von Zielvereinbarungen zur gesamtstädtischen Steuerung
- Eckpunkte Mechanismus gegen Behörden-Pingpong
- Eckpunkte als Grundlage für die Erarbeitung eines Konsenses für Verfassungsänderungen
- Eckpunkte für die Vereinfachung der Zuwendungspraxis zur Entlastung der Arbeit von freien Träger und Umsetzung erster Maßnahmen
- Eckpunkte für AZG-Reform anhand neuer Aufgabenverteilung inklusive erster
- Überlegungen zur Bündelung von Querschnittsaufgaben
- Gesetzentwurf für die Novellierung des E-Government-Gesetzes
- Gesetzentwurf für ein Berliner Transparenzgesetz vorlegen

Mögliche Maßnahmen können z.B. sein:

- Verabschiedung AZG-Novelle und Umsetzung der schrittweisen Optimierung der Aufgabenverteilung
- Verabschiedung des novellierten E-Government-Gesetzes
- Verabschiedung Transparenzgesetz im Einklang mit der E-Akte in den Folgejahren
- Etablierung Klimahaushaltes in den Doppelhaushalt 2024/2025
- Etablierung der politikfeldorientierten Haushaltsverantwortung in den Doppelhaushalt 204/2025
- Verabschiedung Zielvereinbarungen mit Bezirken und politikfeldübergreifenden Projekten, die von der Senatskanzlei verantwortet werden
- Debatte mit demokratischen Parteien über Verfassungsänderung
- Entscheidung Umsetzung Bündelung von Querschnittsaufgaben

Mögliche Maßnahmen können z.B. sein:

- Neuer Katalog der Aufgaben der Berliner Verwaltung und neuer Berliner Produktkatalog ist etabliert
- Zielvereinbarungen werden Grundlage für die Haushaltsberatungen 2026/2027
- Umsetzung der Neuordnung von Landesämtern zur Umsetzung der neuen Grundsätze und des neue AZG. Bspw. Errichtungsgesetz eines neuen Landesamts für Unterbringung sowie die Trennung des LaGeSO
- Schrittweise Umsetzung des Transparenzgesetzes
- Verfassungsänderung mit Wirkung zur Legislaturperiode 2026ff
- Verstetigung Strukturen Zielvereinbarungen und projektorientierter Arbeitsstrukturen

Ein neues Fundament für eine funktionierende Stadt